

The SPD logo is a red square with the white letters 'SPD' inside.A photograph of Johann Saathoff, a man with short brown hair, wearing a dark suit jacket over a light blue shirt. He is smiling and standing in front of the Reichstag building in Berlin. The building's dome and classical architecture are visible in the background. German and European Union flags are also present.

Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 20. September 2019

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 05/2019

A handwritten signature in blue ink that reads "Mein Mitbrannter!".

Die vergangenen Tage waren für die SPD in Ostfriesland sehr turbulent. Die Niederlage bei der Oberbürgermeisterwahl in Emden war extrem schmerzlich. Das kann und sollte nicht kleingeredet werden. Wir werden das nun genau analysieren müssen.

Ich möchte mich aber auch noch einmal ausdrücklich bei den zahlreichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern und allen voran bei Manfred Eertmoed für den engagierten Wahlkampf bedanken. An einem mangelnden Einsatz im Wahlkampf ist die SPD in Emden sicher nicht gescheitert. Es liegt nun an uns, das verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen und aufzuzeigen, wofür die SPD eigentlich steht.

Da bestehen dann auch durchaus Parallelen zu den Entwicklungen auf Bundesebene. Mich erreicht immer wieder viel Kritik an der aktuellen Regierungsarbeit. Bei allem, was an der GroKo auch berechtigterweise zu kritisieren ist, ist es auch unsere Aufgabe, auf die Erfolge der letzten Jahre hinzuweisen.

Ohne die SPD hätte es weder den Mindestlohn noch die gebührenfreie Kita gegeben, um nur zwei Beispiele zu nennen. Aktuell arbeiten wir mit Hochdruck an der Umsetzung der Grundrente und dem Angehörigenentlastungsgesetz (s. Seite 2).

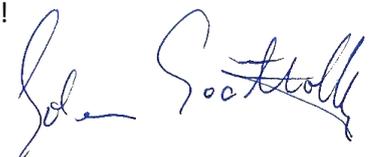
Das sind ganz klar sozialdemokratische Projekte, die vielen Menschen ihren Alltag ein großes Stück erleichtern werden. Das sollten wir bei aller Kritik nicht in Vergessenheit geraten lassen. Hier müssen wir auch häufiger mal den Rücken gerade machen und zeigen, wofür die Sozialdemokratie in Deutschland konkret steht.

Nichtsdestotrotz müssen wir den internen Erneuerungsprozess natürlich weiter aktiv vorantreiben. Aktuell touren gerade die Bewerberpaare für den Parteivorsitz durch ganz Deutschland. Ich freue mich über die unterschiedlichen und vielversprechenden Kandidaten und darüber, dass mit Boris Pistorius auch ein hochkarätiger Kandidat aus Niedersachsen im Rennen um den Parteivorsitz mitmischt.

Zu guter Letzt möchte ich mich noch ganz herzlich für die Wiederwahl zum Vorsitzenden des Unterbezirks Aurich bedanken! Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das Ihr mir erneut entgegengebracht habt und auf die weitere Zusammenarbeit mit Euch.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, die SPD zu alter Stärke zurückzubringen.

Viel Spaß beim Lesen!

A handwritten signature in blue ink that reads "Johann Saathoff".

Angehörige werden entlastet, Inklusion wird vorangebracht

Das Angehörigenentlastungsgesetz kommt. Damit gibt es bald spürbare Verbesserungen in der Sozialhilfe und bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Das hat das Bundeskabinett diesen Sommer beschlossen.

Viele Angehörige werden vom Sozialamt in Anspruch genommen, wenn ihre Eltern oder Kinder Sozialhilfe beziehen, weil sie zum Beispiel pflegebedürftig sind. Für viele Angehörige ist das eine große Belastung. Wir wollen das ändern und ihnen den Rücken stärken, damit sie sich auf die wesentlichen Dinge konzentrieren können. Dafür hat das Kabinett den Weg frei gemacht.

Das Angehörigenentlastungsgesetz sieht vor, dass Angehörige künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro vom Sozialamt in Anspruch genommen werden. Bisher liegen die jährlichen Grenzen bei 21.600 Euro netto für Alleinstehende und bei 38.800 Euro netto für Familien.

Für Angehörige von volljährigen Menschen mit Behinderungen, die sich bislang an den Kosten für Maßnahmen der Eingliederungshilfe beteiligen müssen – etwa, wenn es um Umbaumaßnahmen für eine barrierefreie Wohnung oder Gebärdensprachdolmetscher geht - gilt ebenfalls der Freibetrag bis 100.000 Euro.

Das Gesetz ist gerade für Menschen mit Behinderungen eine gute Nachricht:

Wir werden die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung als festen Baustein der Inklusion verankern und mit mehr Geld ausstatten. Seit 2018 fördert der Bund diese Beratungsstellen, in denen Menschen mit Behinderungen vor allem von Menschen mit Behinderungen beraten werden. Auf Augenhöhe und kostenlos können sie sich über Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern und die zuständigen Anlaufstellen informieren. Bisher war die Beratung bis zum 31. Dezember 2022 befristet. Künftig wird es dieses Angebot dauerhaft geben, und es wird auch mit zusätzlichen Bundesmitteln versehen.

Darüber hinaus wird mit dem Angehörigenentlastungsgesetz ein Budget für Ausbildung eingeführt. Dieses ermöglicht Menschen mit Behinderungen, außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen.

Mit dem Gesetz haben wir ein Paket geschnürt, das Inklusion ein großes Stück voranbringt und Angehörige gezielt unterstützt.

Stromleitung Emden-Conneforde kann endlich gebaut werden

Eigentlich eine gute Nachricht: Am 21. August hat TenneT den Planfeststellungsbeschluss für die 380-kV-Stromleitung zwischen Emden und Conneforde erhalten.

Die rund 60 Kilometer lange Leitung führt von Emden aus durch die Landkreise Aurich, Leer, Friesland und Ammerland. Auf zwei Teilabschnitten, in Strackholt und Bredehorn, werden auf insgesamt rund fünf Kilometern Erdkabel zum Einsatz kommen. Die Inbetriebnahme ist für das Jahr 2021 geplant.

Insgesamt kam der Ausbau der Stromnetze in den vergangenen Jahren aber nicht so voran wie gewünscht. Gerade im nordwestlichen Niedersachsen gibt es deshalb Engpässe beim Stromtransport, die nun aber endlich behoben werden sollen.

Mit der Leitung von Emden nach Conneforde wird TenneT vor allem ostfriesischen Windstrom transportieren, damit die Energiewende voranbringen und die Stromerzeugung in Deutschland grüner machen.

Leider hat TenneT nicht in dem Umfang von der Möglichkeit der Erdverkabelung Gebrauch gemacht, wie wir es im Gesetz intendiert hatten. So war ich auch für eine Erdverkabelung in Timmel, TenneT hat sich leider anders entschieden.



Mehr Entscheidungskompetenz für die Küste

"Mehr Entscheidungskompetenz für die Küste" beim Bau und der Reparatur von Marineschiffen habe ich gemeinsam mit meinen Bundestagskollegen Siemtje Möller (Varel) und Dennis Rohde (Oldenburg) sowie Matthias Arends (Emden) aus dem Niedersächsischen Landtag bei einem Besuch der Emdener Werft & Dock GmbH gefordert. EWD repariert gerade die Korvette "Braunschweig" und das Marine-Forschungsschiff "Planet".

Werft-Geschäftsführer Dr. Christian Eckel und Betriebsratsvorsitzender Holger Stomberg äußerten bei unserem Besuch ihre Freude über die attraktiven Aufträge, wiesen aber auf die häufig langen Genehmigungsprozeduren bei der Arbeit an den Schiffen hin. „Das kostet Zeit und Geld. Während der Arbeiten stellen die Werft-Mitarbeiter immer wieder weitere Schäden am Schiff

fest, die dann an die zuständigen Marinestellen in Wilhelmshaven und Koblenz gemeldet würden. Aber es gibt da riesige Behördenschleifen, bis es zu einer Entscheidung kommt, ob und wie der Schaden repariert werden soll“ meinte Eckel.

„Wir wünschen uns schnellere Entscheidungen vor Ort“, sagte Stomberg. Dennis Rohde und Siemtje Möller, die dem Haushalts- bzw. Verteidigungsausschuss angehören, wollen sich in Berlin für eine Verschlinkung im Genehmigungsablauf und eine stärkere Verlagerung von Entscheidungen an die Küste einsetzen. Matthias Arends nannte als Vorbild den Zoll, bei dem es direkte Kommunikation gäbe, die Zeit und Geld spare. „Das nehmen wir mit nach Berlin“, sagte Rohde.



Auf der Korvette Braunschweig (v. l.): Siemtje Möller, Johann Saathoff (beide SPD-Bundestagsabgeordnete), Holger Stomberg (Betriebsratsvorsitzender), EWD-Investor Patrick Hennings-Huep, Dennis Rohde (SPD-

Bundestagsabgeordneter), Matthias Arends (SPD-Landtagsabgeordneter) und Dr. Christian Eckel (Geschäftsführer Emdener Werft und Dock-GmbH).

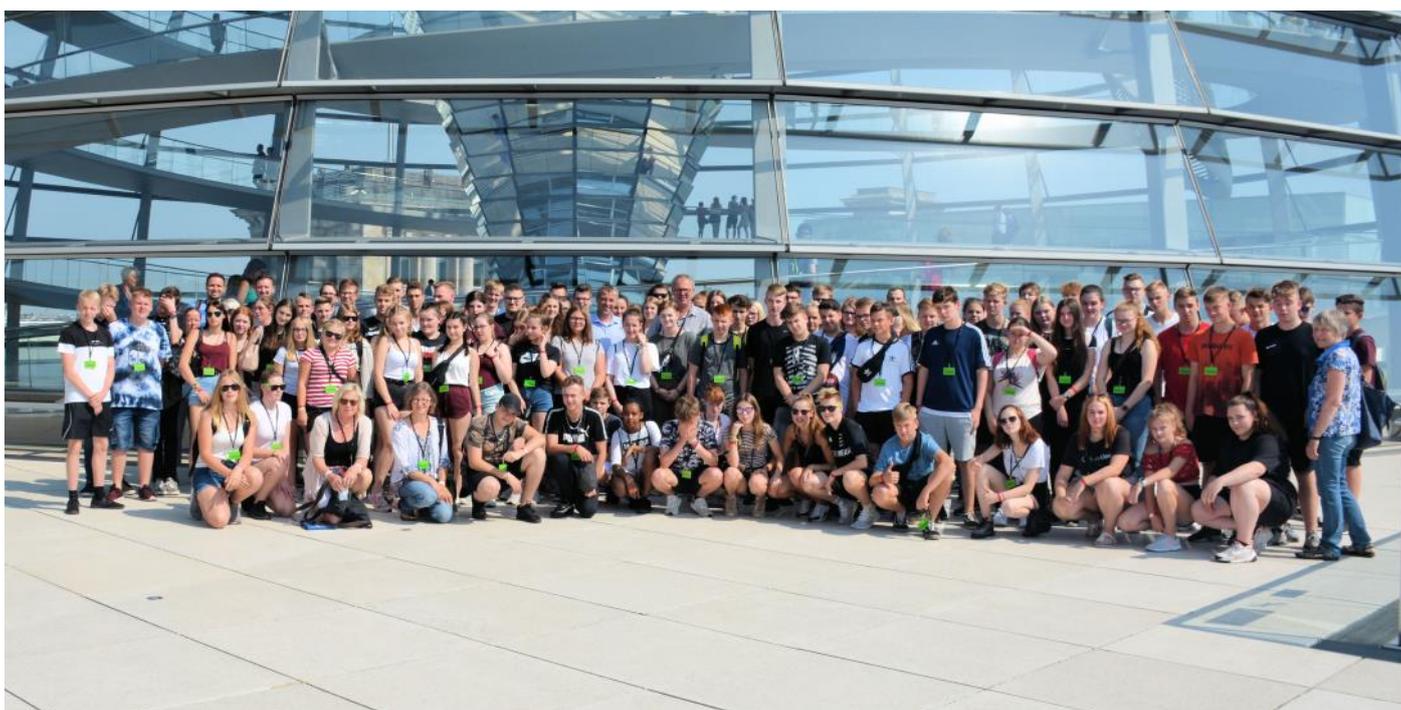
Ostfriesische Schülerinnen und Schüler zu Besuch in Berlin

Ende August waren rund 160 Schülerinnen und Schüler zusammen mit Ihren Lehrkräften fünf verschiedener ostfriesischer Schulen auf Klassenfahrt in Berlin, haben dabei den Reichstag besucht und mit mir diskutiert.

Bei den Gesprächen ging es hauptsächlich um meine Arbeit als Abgeordneter des Deutschen Bundestages,

um die aktuelle Klimapolitik, die Demonstrationen „Fridays for Future“, den Umgang mit der AfD und natürlich um vieles mehr.

Es waren immer gute Diskussionen und ich habe mich sehr über das rege Interesse der jungen Menschen an den politischen Themen gefreut.



IGS Marienhaf



Haupt- und Realschule aus Südbrookmerland

Ostfriesische Schülerinnen und Schüler zu Besuch in Berlin (Fortsetzung)



IGS Aurich



KGS Großefehn

Ostfriesische Schülerinnen und Schüler zu Besuch in Berlin (Fortsetzung)



Hermann-Tempel-Gesamtschule in Ihlow



Bei dem Besuch der 132 Schülerinnen und Schüler und 10 Lehrkräfte der **IGS Moormerland** konnte ich leider nicht in Berlin sein. Daher fand die Diskussion mit meinem Berliner Team im Fraktionssaal der SPD auf der Fraktionsebene des Reichstages statt.

Auch bei diesem Gespräch ging es unter anderem um meinen Alltag als Politiker und um den schwierigen Umgang mit den Abgeordneten der AfD.

Ostfriesische Schülerinnen und Schüler zu Besuch in Berlin (Fortsetzung)



Die 75 Schülerinnen und Schüler der **IGS Emden** und die begleitenden sieben Lehrkräfte diskutierten bei ihrem Berlinbesuch mit meinem Berliner Team – Wiebke Doesken, Kornelia Urban und Torsten Stein – in einem Saal des Paul-Löbe-Hauses.

Ich konnte leider nicht dabei sein, wurde aber bestens vertreten. Bei der Diskussion ging es unter anderem um die Klimapolitik und den Ausstieg aus der Kohleenergie.

Forschungsfabrik Batterie: „Standortauswahl nicht nachvollziehbar!“

Als Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen habe ich die Antwort der Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek auf die skeptische Nachfrage unserer Landesgruppe zur Standortwahl für die „Forschungsfabrik Batterie“ kritisiert. Diese stellt weder mich, noch meinen Bundestagskollegen Falko Mohrs (Helmstedt-Wolfsburg) zufrieden. Seinerzeit fiel die Wahl auf Münster.

Falko Mohrs, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, und ich stimmen in dem Punkt überein, dass die Prioritätensetzung der Gründungskommission, die laut Ministerium keine Standortempfehlung ausgesprochen habe, klar an der Absichtserklärung zur Hilfe für die vom

Strukturwandel und der Transformation in der Automobilindustrie betroffenen Regionen vorbei gehe.

Die industrielle Nähe zum Forschungsstandort ist aus unserer Sicht nämlich von zentraler Bedeutung für den Erfolg in der Forschung. Münster kann diese Nähe nicht vorweisen.

Dabei erschreckt mich umso mehr, dass auch das Bundeswirtschaftsministerium in anderen Zusammenhängen mehrfach diese Zielsetzung unterstrichen hat, im Ernstfall dann aber nicht entsprechend handelt. Somit haben sich schon zwei Minister in diesem Verfahren disqualifiziert.

"Ein verlässlicher Partner für die Bundeswehr"

Über die Situation bei der mittelständischen Firma Emders Anlagen- und Fahrzeugtechnik (EAFT) habe ich mich gemeinsam mit meinen Bundestagskollegen Siemtje Möller (Varel) und Dennis Rohde (Oldenburg) sowie mit unserem Landtagsabgeordneten Matthias Arends (Emden) informiert. Das Unternehmen mit Geschäftsführer Patrick Neuhaus gehört zur Emders Dirks Group und

ist hauptsächlich im Bereich der Reparatur und Instandsetzung von Fahrzeugen der Bundeswehr tätig. Unser Fazit: Der Mittelstand ist ein verlässlicher Partner für die Bundeswehr. Die Dirks Group sichert mit ihrem Geschäftsbereich Defence & Security mehrere hundert Arbeitsplätze in Niedersachsen.



Eine starke SPD-Abordnung bei EAFT in Emden (v.l.): EAFT-Geschäftsführer Patrick Neuhaus, SPD-Landtagsabgeordneter

Matthias Arends sowie die SPD-Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff, Siemtje Möller und Dennis Rohde.

Friesenbrücke: Keine zusätzlichen Belastungen für die Kommunen

Die SPD-Landtagsabgeordnete Hanne Modder (Bunde) und ich unterstützen die Planungen der Deutschen Bahn zum Wiederaufbau der Friesenbrücke bei Weener, lehnen aber eine Beteiligung der Kommunen oder des Landkreises Leer an den Baukosten ab. Die Bahn hatte sich zuletzt geweigert, mit der Brücke zugleich einen Rad- und Fußweg zur Überquerung der Ems zu errichten.

Das ginge nur, wenn die Kommunen oder der Landkreis sich an den Kosten in Höhe von 3,2 Millionen Euro beteiligen würden, so die Bahn. Dafür haben wir jedoch kein Verständnis. Wir sehen die Bahn in der Pflicht, die neue Brücke so zu bauen, dass sie mindestens die

Funktionen der alten Brücke erfüllt. Dazu gehört ein Fuß- und Radweg, den die Bewohner bis zur Zerstörung der Brücke der betroffenen Ems-Gemeinden aus privaten und beruflichen Gründen genutzt hatten. Auch für den Fremdenverkehr ist der Rad- und Fußweg von großer Bedeutung. Das Land Niedersachsen hat sich an der Finanzierung der Friesenbrücke beteiligt, damit der Wiederaufbau möglichst schnell gelingt und die Kommunen nicht weiter belastet werden. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass der Bund das nötige Geld bereitstellt und erwarte dabei die Unterstützung von Abgeordneten aus der Region über die Parteigrenzen hinaus.

Besuch aus dem Landkreis Leer



Die 50-köpfige Gruppe aus dem Landkreis Leer - meinem Betreuungswahlkreis - besuchte bei ihrer Berlinfahrt auf meine Einladung hin unter anderem das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow, wo über die Auslandseinsätze der Bundeswehr berichtet wurde.

Aus Leeraner Sicht besonders spannend, da die in der Evenburgkaserne stationierten Soldatinnen und Soldaten immer wieder zu Auslandseinsätzen berufen werden.

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban, Laura Utermöhlen und Sabine Zimmermann